

Debatte zur Europapolitik

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft gibt Europa wichtige Impulse

Vor dem Schlussgipfel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 21./22. Juni kann man mit Fug und Recht feststellen: Die deutsche Präsidentschaft hat Europa deutlich vorgebracht. Dies gilt in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso wie beim Klimaschutz. Um die Handlungsfähigkeit der EU zu sichern, muss nun ein verlässlicher Fahrplan für den unterbrochenen Prozess eines Europäischen Verfassungsvertrags vereinbart werden. Noch gibt es in einzelnen Ländern Vorbehalte. Auf dem Gipfel in Brüssel wird Bundeskanzlerin Angela Merkel alles daran setzen, die Substanz des Vertragswerks zu erhalten, ohne einzelne Mitgliedstaaten und vor allem die Bürger zu überfordern.

Deutschland ist in wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr Bremsen, sondern Motor der EU. Wenn Europa derzeit deutlich Fahrt aufnimmt, so hat Deutschland einen ganz wesentlichen Anteil, indem es beim Abbau der Arbeitslosigkeit Platz eins und bei der Zunahme des Wachstums Platz zwei einnimmt. Auch die erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen beim Thema Staatshaushalt tragen Früchte: Das EU-Defizitverfahren gegen Deutschland ist eingestellt.

Verhandlungserfolge beim G8-Gipfel stimmen optimistisch

Deutschlands Verhandlungsposition beim bevorstehenden Gipfel ist gestärkt. Nicht zuletzt weil unser Land nicht mehr auf der wirtschafts- und haushaltspolitischen Anklagebank sitzt, wie es viele Jahre der Fall war. Dies zeigt: Die Überzeugungskraft gegenüber den europäischen Partnern ist umso größer, je besser deutsche Politik ihre eigenen Hausaufgaben erfüllt. Auch deshalb ist für den bevorstehenden Gipfel Optimismus berechtigt.

Deutschlands und Europas neue Dynamik hat Strahlkraft. Beispiel Klimaschutz: Mit der europäischen Selbstverpflichtung hinsichtlich der Treibhausgasreduktionen hat die EU ihre klimapolitische Vorreiterrolle ausgebaut. Ohne diesen Erfolg wäre auch der Durchbruch beim

G8-Gipfel von Heiligendamm nicht möglich gewesen.

Die dortigen Verabredungen stellen die Industrieländer vor gewaltige Herausforderungen. Aber das bietet im Rahmen der Globalisierung auch hervorragende Chancen - insbesondere für ein Hochtechnologieland wie Deutschland. Unser Land lebt von Innovationen. Sie sind Grundlage für Deutschlands Rolle als Exportweltmeister. Deshalb wird unser Land umso mehr von der Globalisierung profitieren, als es weiterhin Antrieber neuer technischer Entwicklungen ist.

Europa handlungsfähiger machen

Die Union der 27 ist mit dem bestehenden institutionellen Gefüge nicht zu steuern. Die EU braucht neue vertragliche Strukturen, die die regionale Verantwortung stärker benennt und Europa institutionell handlungsfähig macht. Dazu gehören klare Abgrenzungen bei den Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und EU-Institutionen. Und dazu gehören Grenzen bei der Vorstellung, aus der EU einen Superstaat machen zu wollen. Nur so kann dem verbreiteten Mangel an Akzeptanz gegenüber dem europäischen Integrationsprozess erfolgreich begegnet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die politische Nachlese des G8-Gipfels ist eindeutig: Heiligendamm war eine Glanzleistung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. Mit diplomatischem Geschick und Durchsetzungsvermögen, mit Realismus und Augenmaß ist es ihr als Gastgeberin gelungen, trotz unterschiedlicher Interessen der G8-Vertreter, den Weg zu zukunftsweisenden Programmen zu eröffnen. Entgegen vieler pessimistischer Unkenrufe im Vorfeld haben sich die Vertreter der führenden Industriestaaten in Heiligendamm auf weitreichende Beschlüsse geeinigt.



Die neuen Vereinbarungen im Bereich Klimaschutz sind ein wichtiger Fortschritt. Der frühere SPD-Abgeordnete und renommierte Umweltexperte Ernst Ulrich von Weizsäcker spricht - gemessen an der schwierigen Ausgangssituation - zu Recht von „sensationellen Ergebnissen“. Wenn auch Umweltminister Gabriel (SPD) die Vereinbarungen in ersten Stellungnahmen als „Durchbruch“ bewertete, tragen manche nachträglichen Mäkeleien aus den Reihen unseres Koalitionspartners Züge unverhohlener Eifersüchteleien.

Der Gipfel war auch ein klares Signal an den afrikanischen Kontinent und die anderen Entwicklungsländer, dass die Industriestaaten zur verstärkten Übernahme von Verantwortung bereit sind.

Die teilweise brutalen Ausschreitungen am Rande des Gipfels waren eine traurige Bestätigung dafür, dass es richtig war, hohe Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Die Bilder Steine werfender Chaoten und Dutzender verletzter Polizisten waren beschämend und rufen nach Konsequenzen. Die Veranstalter friedlicher Demonstrationen müssen sich künftig eindeutiger von den Chaoten distanzieren, anstatt Gewalttäter in den eigenen Reihen zu dulden.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Müller MdB

Debatte zur Landwirtschaftspolitik

Den Aufschwung in der Landwirtschaft unterstützen

Der erfreuliche Stimmungswandel in der deutschen Landwirtschaft seit dem Wechsel von Rot-Grün zur unionsgeführten großen Koalition trägt Früchte: Die Bereitschaft zu Innovationen und Investitionen in der Agrarwirtschaft ist groß. Nach Jahren des Rückgangs entscheiden sich wieder mehr junge Menschen, einen „grünen“ Beruf zu erlernen, also einen Beruf in der Land- und Ernährungswirtschaft. Wesentliche Impulse für die Landwirte werden die jüngsten Entscheidungen des EU-Agrarministerrates bringen, die Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft jüngst in Luxemburg erreichen konnte.

Bei allen 25 bedeutsamen Vorhaben, die auf den Gebieten des Tierschutzes, der Agrarwirtschaft und des Verbraucherschutzes zur Entscheidung anstanden, konnten am Wochenende abschließende Ergebnisse erzielt werden. Dabei ist es der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gelungen, die Grundausrichtung der Verlässlichkeit und Vereinfachung konsequent fortzusetzen. Bestanden in der EU bislang 21 Gemeinsame Marktordnungen, wird es künftig nur noch eine geben. Aus 700 Paragraphen sind knapp 200 geworden, aus über 1.000 Seiten 250 und aus 20 Ausschüssen auf EU-Ebene einer.

Ein aus Sicht der Bauern besonders erfreuliches Ergebnis ist die Vereinfachung der Kontrollen zur Einhaltung der Umwelt- und Tierschutzstandards



(Cross Compliance). Die Kontrollendichte wird endgültig auf 1 Prozent der Betriebe beschränkt und die Kontrollen müssen künftig in der Regel vorher angekündigt werden. Eine Bagatellregelung stellt sicher, dass nicht auch geringfügige Verstöße sofort mit finanziellen Strafen beantwortet

werden müssen. Betriebe, die freiwillig an Qualitätssicherungssystemen teilnehmen, werden künftig nicht so häufig geprüft werden, wie diejenigen, die sich nicht beteiligen.

Eine deutliche Botschaft sandte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer in Richtung Milchbauern. Sollte die bis 2015 gültige Milchquotenregelung dann auslaufen, muss frühzeitig, also bis 2008 klar sein, wie dieses Auslaufen begleitet wird und was danach geschieht. Insbesondere jene Betriebe brauchen verlässliche Perspektiven und unterstützende Begleitmaßnahmen, die als reine Grünlandbewirtschaftungen, Berglandwirtschaften und Betriebe mit alten Strukturen beim Ende der Milchquote sonst keine Chance mehr hätten.

Diese Woche

Debatte zur Europapolitik Deutsche EU-Ratspräsidentschaft gibt Europa wichtige Impulse	S. 1
Debatte zur Landwirtschaftspolitik Den Aufschwung in der Landwirtschaft unterstützen	S. 2
Auslandstelefonate Niedrigere Gebühren für Handy-Gespräche	S. 2
Zuwanderungs- und Integrationspolitik Forderung nach aktiver Integration durchgesetzt	S. 3
Außenpolitik Dialog mit Nordkorea ist schwieriger und zugleich lohnswerter Balanceakt	S. 3
„Dialog unter der Kuppel“ Aufschwung in Deutschland – Wachstum ohne Werte? Prof. Richard Schröder und Dr. Edmund Stoiber erste Gäste einer neuen Veranstaltungsreihe	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Auslandstelefonate

Niedrigere Gebühren für Handy-Gespräche

Einen wichtigen Verhandlungserfolg auf europäischer Ebene für Millionen von Handy-Benutzern kann Bundeswirtschaftsminister Michael Glos verbuchen. Noch im Sommer wird für Auslandsgespräche per Handy eine Preisobergrenze bei den Auslandsgebühren (Roaming-Gebühren) für erhebliche Kostensenkungen sorgen.

Dass die Einigung auf eine Preisobergrenze von 49 Cent plus Mehrwertsteuer pro Minute bei Handy-Telefonaten in Rekordzeit erreicht werden konnte, sei eine „Krönung der Anstrengungen des deutschen Vorsitzes“, erklärte der polnische Wirtschaftsminister Wozniak bei der entscheidenden Sitzung in Luxemburg.

Für deutsche Verbraucher bedeutet der neue Euro-Tarif, dass sie für Handy-Telefonate im Ausland also höchstens 58,31 Cent zu entrichten haben. Für die Annahme eines Anrufs im EU-Ausland liegt die Preisobergrenze in Deutschland bei maximal 28,56 Cent. Die EU-weit verbindlichen

Nettopreise sollen in den beiden kommenden Jahren sogar noch jeweils um 3 Cent sinken.

Nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt Ende Juni müssen die Mobilfunkbetreiber dann alle ihre Kunden anschreiben und ihnen den neuen Euro-Tarif anbieten. Wer ihn sofort anfordert, muss binnen zwei Wochen auf den neuen Tarif umgestellt werden. Solche Kunden kommen also bereits im August in den Genuss der Kostensenkungen. Verbraucher, die sich nicht umgehend bei ihren Anbietern rückmelden, werden Ende September in den neuen Euro-Tarif übernommen.

Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Forderung nach aktiver Integration durchgesetzt

Der am Donnerstag vom Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetzentwurf für ein neues Zuwanderungsrecht bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik. Das gut 500 Seiten umfassende Gesetzeswerk bringt zahlreiche Verbesserungen, auf die die CSU-Landesgruppe seit langem gedrängt hat. Das Prinzip des Förderns und Forderns in der Integrationspolitik wird nachdrücklich gestärkt.

Eine neue Bleiberechtsregelung sieht vor, dass langjährig geduldete Ausländer ein Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie sich zum Stichtag 1. Juli 2007 mindestens acht Jahre – Familien mit Kindern sechs Jahre – in Deutschland aufhalten, bis 2009 Arbeit gefunden haben, Deutsch sprechen und nicht straffällig geworden sind. Mit dem Zugang zum Arbeitsmarkt bis Ende 2009 verbinden sich jedoch keine höheren Sozialleistungen. Damit wird sichergestellt, dass keine zusätzliche Zuwanderung in das deutsche Sozialsystem stattfindet. Wer anschließend nicht nachweisen kann, dass er selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, verliert das Bleiberecht.

Die Pflicht für Ehegatten, schon vor dem Familiennachzug einfache Deutschkenntnisse nachweisen zu

müssen, ist ein klares Signal an alle Ausländer, dass es ohne Sprachkenntnisse nicht geht. Zum Schutz vor Zwangsehen sollen nachziehende Ehepartner künftig zudem mindestens 18 Jahre alt sein.

Integration ist keine Einbahnstraße. Vielmehr haben Zuwanderer selbst eine Integrationsverpflichtung. Die Bedeutung der Integrationsangebote wird deshalb gestärkt. Integrationskurse müssen künftig nicht lediglich besucht, sondern mit einer bestandenen Prüfung erfolgreich abgeschlossen werden. Es hat sich deutlich gezeigt, dass der bisher nur auf freiwilliger Basis vorgesehene Abschlusstest, den in der Regel nur sehr wenige Kursteilnehmer abgelegt haben, nicht ausreicht. Auch wird es künftig nicht mehr möglich sein, dem Kurs ohne Sanktionen einfach fern-

zubleiben. Dieses Signal richtet sich insbesondere an solche Zuwanderer, die sich bisher Integrationsangeboten verweigert haben.

Die Bedeutung der Integrationskurse wird auch dadurch wachsen, dass die Behörden der Grundsicherung künftig Langzeitarbeitslose ohne ausreichende Sprachkenntnisse zum Besuch eines Integrationskurses verpflichten können.

Der Gesetzentwurf stärkt auch die Innere Sicherheit. Jugendliche Intensivtäter mit ausländischer Staatsangehörigkeit können leichter ausgewiesen werden. Die Öffentlichkeit hat zu Recht kein Verständnis dafür, dass derartige Straftäter ihr Unwesen treiben können, ohne mit einer Ausweisung rechnen zu müssen.

Außenpolitik

Dialog mit Nordkorea ist schwieriger und zugleich lohnenswerter Balanceakt

- Hartmut Koschyk bereits zum siebten Mal in Nordkorea -

Den Kontakt zu Nordkorea hat Hartmut Koschyk, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, stets gepflegt. Er reiste vergangene Woche bereits zum siebten Mal nach Nordkorea. Gemeinsam mit sechs weiteren Mitgliedern der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe, deren Vorsitzender er ist, machte er sich ein Bild von den Entwicklungen des Landes. Dabei besuchte Koschyk auch die einzige katholische Kirche im Land.

Nordkorea erscheint als isolierter Punkt auf der politischen Landkarte. Abgeschottet durch einen meterhohen Zaun und umgeben von einem vier Kilometer breiten Grenzstreifen dringt kaum etwas aus diesem Land nach außen. Dennoch sind die „Zeichen für Veränderung und Öffnung in diesem Land nicht zu übersehen“, sagte Koschyk. Belege dafür seien die kontinuierliche Arbeit der Deutschen Welthungerhilfe und des kirchlichen Hilfswerks Misericord sowie des Benediktinerordens, aber auch der Hanns-Seidel-Stiftung, des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes. Auch das kritische Thema der Menschenrechte werde

im politischen Dialog nicht mehr ausgeklammert, wie Nordkorea der EU-Troika im März zusagte.

Eine stärkere Zusammenarbeit in Entwicklungs- und Wirtschaftsfragen, wie sie Nordkoreas Staatsoberhaupt Kim Young-Nam wünscht, ist dem CSU-Politiker zufolge jedoch abhängig von den Fortschritten bei der atomaren Abrüstung. In seinen politischen Gesprächen betonte Koschyk, dass die Umsetzung der Vereinbarungen der „Sechs-Parteien-Gespräche“ vom Februar 2007 zur Entnuklearisierung sowie der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA)

unabdingbar seien. Nordkorea sollte daher an Stelle der jüngsten Raketen-tests konstruktive Signale aussenden, so der CSU-Politiker, und aufzeigen, wie es sich weitere Schritte in Richtung Entspannung denke. Dann sei auch eine Weiterentwicklung der Beziehungen zu Deutschland und der EU denkbar.

In Südkorea betonte der frühere Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Kim Dae-jung gegenüber Koschyk, wie wichtig ein Engagement der EU und Deutschlands für Entspannung und Annäherung auf der koreanischen Halbinsel sei.

„Dialog unter der Kuppel“

Aufschwung in Deutschland – Wachstum ohne Werte?

Prof. Richard Schröder und Dr. Edmund Stoiber erste Gäste einer neuen Veranstaltungsreihe

Neben die parlamentarische Tagesarbeit stellt die CSU-Landesgruppe seit jeher die Auseinandersetzung mit grundlegenden Fragen der Zeit. Dafür stehen beispielhaft die Kamingsgespräche mit namhaften Persönlichkeiten während der Jahresauftaktklausuren der CSU-Bundestagsabgeordneten in Wildbad Kreuth. Mit dem „Dialog unter der Kuppel“ im Reichstagsgebäude will die CSU-Landesgruppe diese Tradition nunmehr in die Hauptstadt tragen und intensivieren. Zum Auftakt der neuen Veranstaltungsreihe am Montag dieser Woche widmeten sich der Theologe und Philosoph Prof. Richard Schröder (SPD) und der CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber dem Thema: „Aufschwung in Deutschland – Wachstum ohne Werte?“

In seiner einleitenden Begrüßung betonte Dr. Peter Ramsauer die Notwendigkeit einer dauerhaften Beschäftigung mit übergeordneten Grundsatzfragen. Ohne diesen grundlegenden Diskurs sei die Entwicklung nachhaltiger Politikkonzepte schlechterdings unmöglich. Dass diese Beschäftigung im Rahmen des „Dialog unter der Kuppel“ im Reichstagsgebäude, also unmittelbar im Herzen der deutschen Demokratie stattfinde, solle dabei als bewusstes Zeichen verstanden werden: Orientierung könne nur von Volksvertretern erwartet werden, die ständig bereit seien, gesellschaftliche Entwicklungen wahr- und aufzunehmen, ohne jedoch dem Zeitgeist nachzulaufen, betonte der Dr. Ramsauer. Genau dies praktiziere die CSU seit ehemals und habe sie letztlich zur erfolgreichsten Volkspartei Europas gemacht.

Mit Blick auf die Attraktivität des Veranstaltungsortes würdigte der CSU-Landesgruppenvorsitzende das verdienstvolle Engagement von Bundesbauminister a. D. Oscar Schneider, ohne den es die Reichstagskuppel und damit dieses außergewöhnliche Wahrzeichen Berlins sowie der gesamten deutschen Demokratie heute wohl nicht geben würde. Zugleich gratulierte der CSU-Landesgruppenvorsitzende dem „Vater der Kuppel“ zu dessen gerade begangenen 80. Geburtstag.

Umstände des G8-Gipfels bestätigen Notwendigkeit einer grundlegenden Wertedebatte

Mit Blick auf das Thema der Auftaktveranstaltung betonte Dr. Ramsauer, dass die äußeren Begleitumstände des G8-Gipfels in Heiligendamm

gerade erst nachdrücklich die Notwendigkeit einer eingehenden Auseinandersetzung mit dem Thema Werteorientierung besonders auch im ökonomischen Umfeld belegt habe.



In ihrem von Martina Fietz (Parlamentskorrespondentin des Magazins Cicero) umsichtig geleiteten Gespräch analysierten der Theologe Prof. Richard Schröder, 1990 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der letzten DDR-Volkskammer, und der CSU-Vorsitzende Dr. Edmund Stoiber die veränderten Anforderungen an eine Gesellschaft, die sich durch die Rahmenbedingungen der globalisierten Weltwirtschaft tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt sehe. So habe die zunehmende Internationalität und Mobilität der Arbeitswelt zu einem deutlichen Wandel der Lebensstile geführt.

Werteorientierung ist in weiten Teilen der Bevölkerung gefragt

Gleichzeitig sei jedoch zu beobachten, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung sehr wohl nach Werteorientierung suche und diese auch von der Politik erwarte. Dies gelte in der Familienpolitik ebenso wie in der Lohnpolitik. Prof. Schröder beklagte in diesem Kontext besonders den offen-

bar ausgeprägt deutschen Hang, nur allzu schnell nach mehr Gerechtigkeit zu rufen, dabei jedoch eigentlich Gleichheit zu meinen.

Der Ruf nach mehr Protektionismus und dem starken Verteilungsstaat werde den neuen Anforderungen jedoch kaum gerecht werden können. Auch der CSU-Parteivorsitzende betonte, dass es heute vordringlich darum gehen müsse, den Entwicklungspotenzialen jedes Einzelnen zur Entfaltung zu verhelfen. Mit Gleichmacherei habe dies jedoch nichts zu tun. Der Schlüssel für ökonomische Teilhabe und Wohlstand liege vielmehr in guten Bildungschancen für Alle.

Festhalten an christlichen Grundwerten

Vor 200 Gästen – unter ihnen Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker – rief Dr. Stoiber zudem dazu auf, liberalistischen und kollektivistischen Gesellschaftsbildern in aller Deutlichkeit die christlichen Grundwerte gegenüberzustellen. Dies sei durch die aktuelle politische Konstellation in einer großen Koalition und die Annäherung der großen Parteien zwar schwieriger geworden. CSU und CDU dürften ihr wertkonservatives Profil jedoch nicht verwischen lassen oder gar aufgeben.

